



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung Nr. 15 vom 8. Juni 2026

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke übergab den 8. Tätigkeitsbericht an die Präsidentin des Landtages Prof. Dr. Ulrike Liedtke und stellte ihn den Medien vor

Der 8. Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) umfasst die Arbeit der Jahre 2024/2025 und gibt Einblick in die Aufgaben und in die Schwerpunktsetzungen dieser beiden Jahre. Er beinhaltet Ausführungen zu allen Arbeitsgebieten der LAKD und zeigt, dass das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg nach wie vor groß ist. Er beinhaltet Ausführungen zu allen Arbeitsgebieten der LAKD, die von der Beratung für ehemals politisch verfolgte Menschen, über Forschung und Bildungsangebote für Jung und Alt sowie Aktivitäten im gesellschaftspolitischen Raum reichen.

Heute, dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, stellt sich die Frage, ob zu SED-Diktatur und ihren Folgen bereits alles gesagt sei und ob inzwischen nicht auch alles geregelt ist.

Die Erfahrung zeigt, Aufarbeitung bleibt ein fortwährender gesellschaftlicher Prozess, der sich neben der Analyse des Systems auch differenziert damit auseinanderzusetzen, wie unterschiedlich das Leben in der DDR gelebt und erlebt wurde, wie mit dem Wissen von heute auf die unterschiedlichen Erfahrungen von damals geblickt wird und welche Narrative die gegenwärtige Debatte prägen.

Vor diesem Hintergrund konzipiert die LAKD ihre Arbeit, setzt thematische Schwerpunkte und stellt sich die Frage, wie junge Menschen erreicht werden können, für die die DDR schon eine Geschichte aus ferner Zeit ist. Auf dem jährlichen Bundeskongress der Landesbeauftragten mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen hat die LAKD 2024 unter dem Titel „Jugend unter Generalverdacht“ solche Überlegungen zum Thema gemacht und die Instrumentalisierung, den Protest und die Verfolgung junger Menschen in der kommunistischen Diktatur diskutiert. Der Bundeskongress war auch Ausgangspunkt für eine **Bildungsoffensive**, die auf eine stärkere Vermittlung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ/DDR zielt und die zum Abschluss des Kongresses an die Kulturministerkonferenz übergeben wurde. (Abdruck der Resolution S. 16f.).

Die LAKD bot diverse **Austauschformate** an, um einem Schwarz-Weiß-Denken eine differenzierte Betrachtung der Geschichte entgegenzusetzen. Im Dialog zwischen den Generationen wurde deutlich, dass ein Leben in einer Diktatur für viele Menschen aus Mitmachen und Anpassung bestand, für andere aber auch aus widerständigem Handeln und erfahrener Repression.

Die **Jugendbildung** arbeitete mit drei unterschiedlichen Ansätzen: der Verzahnung von direkter Bildungsarbeit in Schulen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien und der Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen, Gedenkstätten und in der Jugendarbeit.

So führte die LAKD seit Herbst 2024 zusammen mit einem Künstlerduo Comic-Workshops unter dem Titel „89/90..., wenn alles anders wird!“ durch, in denen Jugendliche das ideenreich in Bilder und Symbole übersetzen, was sie zuvor aus Gesprächen mit Zeitzeugen erfuhren. Eine kooperative, detektivische Lernmethode wurde mit der Entwicklung eines „Mystery“-Spiels zum Leben eines SED-Opfers angewendet. Diese spielerische Methode fördert das forschende Lernen und hält den Unterricht spannend und motivierend. Zurzeit erstellt die LAKD ein modulares Set aus Comicbild- und Ereigniskarten

zur DDR-Geschichte, damit Jugendliche historische Daten und Ereignisse kennenlernen und zuordnen können.

In Kooperation mit dem Studienseminar Potsdam und der Universität Potsdam gestaltete die LAKD pädagogische Fortbildungen für Geschichtsstudenten, Lehrkräfte und Referendare, um sie zu befähigen, im Unterricht DDR-Nostalgie oder geschichtlichen Fehlinterpretationen kompetent und quellenbasiert zu begegnen. Zudem bot die LAKD an der Universität Potsdam praxisnahe Seminare zu den Themen „Friedliche Revolution und Transformation“ und „Staatliche Kulturkontrolle und Kunstzensur in der DDR“ an.

In der **Erwachsenenbildung** spielte die Frage der Identität – vor allem der „Ostidentität“ eine wichtige Rolle. Die Filmreihe Zeitschnitt lud mit den thematischen Filmabenden „Jugend in der DDR“ und „Ost-Frauen im Film“ aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zur Auseinandersetzung mit dem Aufwachsen in der DDR und dem Leben als Frau zwischen Selbstbestimmung und alten Rollenbildern ein. Besonders bei den Publikumsgesprächen zu Erfahrungen von Jugendlichen im DDR-Heimsystem als auch zu Repression von rebellischen Jugendlichen prallten sehr unterschiedliche Meinungen aufeinander. Es wurde darüber diskutiert, wie vielfältige Erinnerung zugelassen werden kann und was an die Nachgeborenen weitergegeben werden soll.

Dem Austausch zwischen Ost und West widmete sich die LAKD bei Gesprächsabenden zur Erinnerung an die Deutsche Einheit, beim Evangelischen Kirchentag in Hannover und den Tagen der Deutschen Einheit in Schwerin und Saarbrücken.

Digitale Bildungsangebote ermöglichen einen barrierefreien, multimedialen Zugang zu historischen Quellen und Zeitzeugenberichten. 2025 hat die LAKD das Zeitzeugenportal „Erfahrungsberichte über politisches Unrecht und Widerstand von 1945 bis 1989“ auf elf Themenbereiche ausgebaut. Die von der LAKD entwickelte Themenkachel „Friedliche Revolution. Schauplätze des Umbruchs 1989/90 in Potsdam“ für die „Potsdam.History.App“ vermittelt die damaligen Ereignisse anschaulich an 22 historischen Orten Potsdams.

In der **Schriftenreihe** der Aufarbeitungsbeauftragten sind zwei neue Publikationen erschienen: Eine zur Abriegelung der Grenze zwischen West-Berlin und dem heutigen Brandenburg und eine über oppositionelle Untergrundzeitschriften in der DDR.

Ungebrochen hoch ist die Nachfrage im Bereich der **Bürgerberatung** der Aufarbeitungsbeauftragten. Im Berichtszeitraum 2024/2025 gab es über 7.000 Beratungskontakte mit rund 1.300 Ratsuchenden. Ein wesentlicher Impuls ging dabei von der **Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze** aus, für die sich die Aufarbeitungsbeauftragte auf Bundes- und Landesebene eingesetzt hat. Sie wurde am 30. Januar 2025 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Zu den zentralen Verbesserungen zählen der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung bei der sogenannten Opferrente für ehemalige politische Häftlinge und für von Freiheitsentzug betroffene Heimkinder. Damit wird aus einer einkommensabhängigen Sozialleistung eine echte Ehrenpension. Zudem wurde die Opferrente deutlich auf 400 Euro angehoben und erstmals eine jährliche Dynamisierung eingeführt. Ehemalige Zwangsausgesiedelte aus dem innerdeutschen Grenzgebiet erhalten künftig eine Einmalzahlung in Höhe von 7.500 Euro als Anerkennung des erlittenen Unrechts. Das betrifft auch diejenigen, die an der Grenze zwischen West-Berlin und Ost-Berlin bzw. dem Berliner Umland zwangsausgesiedelt wurden. Die beiden großen Wellen der Zwangsaussiedlung fanden 1952 nach der Schließung der innerdeutschen Grenze unter dem bezeichnenden Namen „Aktion Ungeziefer“ statt und nach dem Mauerbau 1961. Wer also damals von Zwangsaussiedlung betroffen war, kann sich zur Beratung an uns wenden oder den Antrag gleich bei der Rehabilitierungsbehörde im Innenministerium stellen. Ein wichtiges Thema war die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, wie die folgenden Zahlen zeigen: Lediglich 133 Betroffene haben zum Jahresende 2025 eine Beschädigtenrente erhalten. Im Vergleich zu den 4.352 Empfängern der Opferpension ist dies eine verschwindend geringe Anzahl. Deshalb ist die Einführung einer gesetzlichen Vermutungsregelung, die die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden politischer Verfolgung erheblich erleichtert, ein

besonders bedeutender Fortschritt. Die entsprechenden Verordnungen wurden am 8. Mai 2026 vom Bundesrat bestätigt und sind nunmehr rückwirkend zum 1. Juli 2025 in Kraft getreten.

Von den rund 1.300 Ratsuchenden wurden 894 Betroffene in weitergehenden Beratungsprozessen begleitet. 703 Personen haben sich im Berichtszeitraum erstmalig an die Bürgerberatung gewandt. Das ist eine deutliche Steigerung um 28 Prozent im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum.

Beratungsgründe bei Neuanfragen waren neben den Anträgen auf Akteneinsicht in die Stasi-Akte vor allem Rehabilitierungsanliegen.

Weiter ausgebaut wurde das Angebot der psychosozialen Unterstützung in der **Traumaberatung**: In den Jahren 2024/25 fanden insgesamt 332 Traumaberatungen in Neuruppin, Senftenberg und Potsdam sowie seit Juli 2025 zusätzlich in Fürstenwalde statt. Mehr als 70 Ratsuchende haben das kostenfreie Angebot bislang genutzt.

Der **Härtefallfonds** des Landes Brandenburg zur Unterstützung von ehemals politisch Verfolgten in besonderen Notlagen bleibt weiterhin ein zentrales Instrument niederschwelliger Hilfe. Im

Berichtszeitraum bekundeten 58 Bürgerinnen und Bürger Interesse. Die geschilderten Bedarfe waren vielfältig: Gefördert wurden unter anderem Mobilitätshilfen wie E-Bikes oder Motorroller, medizinische Spezialbetten sowie grundlegende Ausstattungen wie Küchenzeilen. Der Fonds steht für eine lebensnahe, bedarfsorientierte Unterstützung, die direkt im Alltag der Betroffenen ansetzt.

In diesem Jahr stehen noch Mittel im Härtefallfonds zur Verfügung, Anträge können ab sofort gestellt werden. Interessierte können sich telefonisch oder schriftlich an die Geschäftsstelle der Bürgerberatung wenden. Die konkreten Angaben entnehmen Sie bitte dem Flyer Bürgerberatung in den Pressemappen oder der Webseite: www.aufarbeitung.brandenburg.de/beratung/haertefallfonds

Pressekontakt: Stefanie Wahl